



Schiefergasförderung als Revolution: Bald auch auf dieser Seite des Atlantik?



Autor : Pavol Szalai

Kurzfristig wird es unter den gegebenen Bedingungen keine intensive Schiefergasförderung in Europa geben, im Gegensatz zu den USA. Die europäischen Bürger sind überwiegend gegen das sogenannte "Fracking", die Gewinnaussichten sind geringer und die Frage der Energiesicherheit scheint überwiegend nur in den Ländern eine Rolle zu spielen, die sehr stark von russischen Importen abhängig sind, wie beispielsweise Polen. Der Energie- und Europaexperte Pavol Szalai, der an der Universität Sciences Po unterrichtet, stellt in seiner Analyse im Auftrag der Robert Schuman Stiftung die Hintergründe der neuen Energiegewinnung dar.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Think Tank **Finanzkrise** : ESM - Vertrauen - Deutschland - Spanien - Ungarn - Italien - Portugal - Slowenien **Kommission** : Georgien - Fischerei - Umwelt - Baugewerbe **Rat** : Haushalt - Kohäsion - Weißrussland **EZB** : Devisen/Swap **Bulgarien** : Gaspipeline **Frankreich** : Slowakei - Finanztransaktionen **Ungarn** : Balkan **Italien** : Populismus **Lettland** : Euro **Litauen** : COSAC **Niederlande** : Mali **Großbritannien** : Europa **Georgien** : Regierung **Norwegen** : Nordstaaten **Türkei** : Tunnel **Europarat** : Migration - Regionen **Eurobarometer** : Biodiversität **Eurostat** : Arbeitslosigkeit - Inflation - Investitionen - Sparquote **Berichte/Studien** : Bildung - Weltbevölkerung **Kultur** : Ausstellung/Amsterdam - Ausstellung/Brighton - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Rom - Kunst/Lissabon - Film/Thessaloniki

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Wie können Think Tanks ihre Bekanntheit erhöhen?



Am 5. November 2013 wird die Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung, Pascale Joannin, an einer Diskussionsrunde im Rahmen des "Reputation day" teilnehmen und zur Frage "Wie können Think Tanks ihre Bekanntheit erhöhen?" referieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

ESM: Auszahlung der 4. Tranche in Höhe von 15,7 Milliarden Euro



Am 31. Oktober 2013 zahlten die 17 Länder der Eurozone die 4. Tranche des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) in den Fonds ein (15,7 Milliarden Euro). Die dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel stiegen hierdurch von 48,6 auf 64,3 Milliarden Euro. Das Kapital wird für Investitionen eingesetzt werden und nicht für Hilfsprogramme... [Fortsetzung](#)

Vertrauensindex im Oktober 2013 gestiegen



Am 30. Oktober 2013 gab die EU-Kommission bekannt, dass sich das Vertrauen in die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone zum 6. Mal in Folge erhöht hat. Der Vertrauensindex stieg in der Eurozone im Oktober um 0,9 Punkte im Vergleich zum Vormonat; er liegt nunmehr bei 97,8 Punkten. Der Vertrauensindex in der EU stieg um 1,1 Punkte auf 101,8 Punkte. Der Vertrauensindex stieg insbesondere in den Niederlanden (+3,3 Punkte), Frankreich (+2,6 Punkte) und Deutschland (+0,8 Punkte). Einen Rückgang gab es in Spanien (-2,2 Punkte) und Italien (-2 Punkte)... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosenquote in Deutschland im Oktober 2013 unverändert bei 6,9%



Nach aktuellen Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit am 30. Oktober 2013 bekannt gab, lag die Arbeitslosenquote in Deutschland im Oktober 2013 nach saisonal korrigierten Werten unverändert bei 6,9%. Im Oktober 2013 stieg die Zahl der Arbeitssuchenden um 2000 Personen auf insgesamt 2,8 Millionen Arbeitslose. Dies ist der niedrigste Wert seit November 2012... [Fortsetzung](#)

Spanien: Wirtschaftswachstum und geringeres Defizit



Am 30. Oktober 2013 veröffentlichte das spanische Statistikinstitut INE einen Bericht zum Wachstum des spanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nach zweijähriger Rezession konnte Spanien im 3. Quartal 2013 ein Wachstum des BIP in Höhe von 0,1% verzeichnen. Im Jahresvergleich gab es im 3. Quartal 2013 einen Rückgang um 1,2% und im 2. Quartal 2013 einen Rückgang um 1,6%. Das Haushaltsdefizit (insgesamt 36,71 Milliarden Euro) ging im September 2013 um 3,34 Milliarden zurück, dies entspricht 3,5% des BIP... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Arbeitslosigkeit in Ungarn sinkt im 3. Quartal 2013 auf 9,8%



Nach aktuellen Zahlen, die das zentrale Statistikamt Ungarns (KSH) am 29. Oktober 2013 veröffentlichte, gab es im 3. Quartal 2013 (Juli-September 2013) in Ungarn insgesamt 484 000 arbeitslos gemeldete Personen und damit 24 000 Arbeitslose weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Arbeitslosenquote ging um 0,6 Punkte zurück auf 9,8%... [Fortsetzung](#)

Italien: Arbeitslosenquote erreicht 12,5%



Nach aktuellen Zahlen, die das italienische Statistikinstitut (Istat) am 31. Oktober 2013 veröffentlichte, stieg die Arbeitslosenquote im September 2013 auf 12,5% der aktiven Bevölkerung (+0,1 im Vergleich zum August 2013) und erreichte damit einen Rekordwert. Bezogen auf ein Jahr stieg die Arbeitslosenquote um 1,6 Prozentpunkte. Die Jugendarbeitslosigkeit der 15-24 Jährigen stieg auf 40,4% (654 000 Jugendliche). Im Vergleich zu August 2013 gab es hier einen Anstieg um +0,2% und im Vergleich zum Vorjahreswert um +4,4%... [Fortsetzung](#)

Portugal: Verabschiedung des Haushalts 2014 in erster Lesung



Die Abgeordneten des portugiesischen Parlaments stimmten am 1. November 2013 in erster Lesung für den Haushalt 2014, mit dessen Hilfe Portugal aus dem europäischen Rettungsschirm aussteigen möchte. Die Opposition stimmte geschlossen gegen den Haushalt, der jedoch mit der Regierungsmehrheit verabschiedet werden konnte. Der portugiesische Vize-Premierminister Paulo Portas sagte, dass es sich um den letzten Haushalt handle, der mit der Troika (EU-EZB-IWF) ausgehandelt werden müsse. In 2014 soll das Haushaltsdefizit Portugals entsprechend der Einigung mit der Troika auf 4% des BIP sinken, 2013 wird es 5,5% betragen. Es wird starke Einschnitte bei Beamtengehältern und Rentenzahlungen für Beamte geben. Darüber hinaus sind Einsparungen und Steuererhöhungen in Höhe von 3,9 Milliarden Euro vorgesehen, 2,3% des BIP... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF: Rekapitalisierung des Bankensektors in Slowenien

Entsprechend einer Mitteilung des IWF vom 28. Oktober 2013 besteht für Slowenien die Gefahr, in eine tiefe Rezession abzurutschen. Der



IWF sieht die Ursachen vor allem in der schlechten Wirtschaftslage der Unternehmen und Banken des Landes, wie auch in einer schwachen Binnennachfrage und in der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung. Laut IWF sind die Haushaltskonsolidierung und Bankenrekapitalisierung die obersten Prioritäten. Die Wirtschaftslage kann nach Ansicht des IWF jedoch nur nachhaltig verbessert werden, wenn eine Restrukturierung des verschuldeten Privatsektors erfolgt und eine geringere Staatsquote in der Wirtschaft erreicht wird. Durch die notwendige Bankenkonsolidierung wird die Staatsverschuldung weiter steigen, folglich müsse die Haushaltskonsolidierung progressiv umgesetzt werden... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Georgischer Präsident Saakaschwili trifft Barroso in Brüssel



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso traf am 29. Oktober 2013 in Brüssel den georgischen Präsidenten Mikheil Saakaschwili, um eine Bestandsaufnahme der Beziehungen EU-Georgien vorzunehmen und das kommenden Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 28. und 29. November 2013 zu diskutieren. "Die Europäische Union ist entschlossen, Georgien weiterhin bei seiner strategischen Umgestaltung und bei seinem Weg hin zu einer politischen Agenda, die Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit umfasst, zu unterstützen. Die Stärkung der Demokratie in Georgien hat natürlich eine besondere Priorität für uns", sagte Barroso nach dem Treffen der Presse... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bessere Festsetzung der Fischfangquoten



Am 30. Oktober 2013 präsentierte die EU-Kommission ihre Vorschläge für eine bessere Festsetzung der Fischfangquoten. Die Vorschläge wurden im Hinblick auf das für Dezember 2013 geplante Ratstreffen zum Thema "Fischerei" veröffentlicht. Für einige Fischarten kann nach Ansicht der Kommission die Quote erhöht werden (Hering, Sardine, Seehecht, u.a.). Für andere Sorten müssen laut EU die Quoten verlängert werden, da sich die Bestände nicht erhöht haben (Kabeljau, Seezunge, u.a.)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Kommission will den Gebrauch von Plastiktüten reduzieren



Die EU-Kommission präsentierte am 4. November 2013 einen Vorschlag, der Maßnahmen für die Mitgliedsländer enthält, die zu einem geringeren Verbrauch von Plastiktüten führen sollen. Die Mitgliedsländer sollen die Maßnahmen auswählen, die ihnen am zielführendsten erscheinen. Unter den Vorschlägen sind die Einführung einer Steuer oder auch das komplette Verbot von Plastiktüten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Baugewerbe: Leistungserklärungen im Internet



Am 30. Oktober 2013 präsentierte der EU-Kommissar für Industrie und Unternehmertum, Antonio Tajani, den Kommissionsvorschlag zur Entbürokratisierung im Baugewerbe. Nach dem Vorschlag der Kommission sollen die Hersteller von Bauprodukten (z. B. Steine, Isolierung, Türen) die Möglichkeit erhalten, digitale "Leistungserklärungen" auf ihre Website hochzuladen. Aktuell müssen diese Dokumente jedem verkauften Bauprodukt beigelegt sein, damit man sich über ihre wesentlichen Merkmale (z. B. Feuerbeständigkeit, mechanische Festigkeit oder Energieeffizienz) informieren kann. Durch die Umsetzung des Vorschlags könnten Käufe beschleunigt, Kosten gesenkt und der Verkauf gefördert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat :

EU-Haushalt 2013: Nachtragshaushalt vom Rat genehmigt



Am 30. Oktober 2013 stimmten die Vertreter des Europäischen Rates dem Nachtragshaushalt 2013 zu. Zusätzliche Mittel in Höhe von 3,9 Milliarden Euro werden zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen der EU bereit gestellt werden. 400,5 Millionen Euro werden an Mitgliedsländer ausgezahlt, die besonders stark von Naturkatastrophen (insbesondere Hochwasser) betroffen waren, wie zum Beispiel Deutschland (360,5 Millionen Euro), Österreich (21,7 Millionen Euro), Tschechien (15,9 Millionen Euro), Rumänien (2,5 Millionen Euro). Das Europäische Parlament muss dem Ratsbeschluss noch zustimmen. Im Falle der Nichtzustimmung beginnt eine 21 Tage andauernde

Einigung zur Kohäsionspolitik 2014-2020



Am 29. Oktober 2013 einigte sich der Europäische Rat auf die EU-Kohäsionspolitik 2014-2020, für die ein Budget in Höhe von 325,15 Milliarden Euro vorgesehen ist. Mit Hilfe der EU-Kohäsionspolitik sollen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen der EU beseitigt und Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Das Europäische Parlament muss dem endgültigen Text noch zustimmen... [Fortsetzung](#)

Verlängerung der europäischen Sanktionen gegen Weißrussland



Am 29. Oktober 2013 gab die EU bekannt, dass sie die Sanktionen gegen Weißrussland um ein Jahr verlängern werde, da keine Verbesserung erkennbar sei. Die EU fordert den Schutz und die Anerkennung der Menschenrechte, rechtsstaatlicher Prinzipien und eine Demokratisierung des Landes. Die Sanktionen wurdenentsprechend einer Mitteilung des Europäischen Rates bis zum 31. Oktober 2014 verlängert. In der Mitteilung wird unter anderem kritisiert, dass nicht alle politischen Gefangenen freigelassen wurden und dass von den freigelassenen politischen Gefangenen kein einziger rehabilitiert wurde... [Fortsetzung](#)

EZB :

Devisen-Swap-Vereinbarungen dauerhaft gültig



Die Europäische Zentralbank (EZB) hat mit fünf anderen großen Notenbanken eine ständige Devisen-Swap-Vereinbarung getroffen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Finanzmärkte jederzeit mit Devisen versorgt werden können, falls dies erforderlich erscheint. Wie die EZB am 31. Oktober 2013 mitteilte, vereinbarte sie sich mit der Bank of Canada, der Bank of England, der Bank of Japan, der Federal Reserve und der Schweizer Nationalbank, die bestehenden bilateralen Devisen-Swap-Vereinbarungen in ständige Einrichtungen umzuwandeln... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bulgarien :

Baubeginn der South Stream Pipeline in Bulgarien



Die Regierung Bulgariens und die russische Gazpromgesellschaft gaben auf einer Pressekonferenz in Sofia bekannt, dass der Bau der Gazpipeline South Stream am 31. Oktober 2013 begonnen habe. Der Vorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, sagte hierzu: "Der Bau auf bulgarischem Gebiet hat begonnen. Es handelt sich um das bedeutendste Investitionsprojekt in Europa, ein Schlüsselprojekt für die Energiesicherheit des gesamten europäischen Kontinents"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Slowakei



Der französische Staatspräsident François Hollande besuchte am 29. Oktober 2013 auf Einladung seines slowakischen Amtskollegen Ivan Gasparowitsch die Slowakei. Es handelte sich um den ersten Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in die Slowakei seit der Unabhängigkeit des Landes vor 20 Jahren. Während des Treffens wurde ein Aktionsplan für eine strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern unterzeichnet, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Nuklearenergie, Kultur und Außenpolitik, beispielsweise im Hinblick auf den Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius. Hollande traf auch den slowakischen Premierminister Robert Fico. Beide sprachen über Beschäftigung von Jugendlichen, Wirtschaftswachstum und den europäischen Haushalt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Frankreichs Zentralbankchef fordert Änderungen an geplanter Finanztransaktionssteuer



Frankreichs Zentralbankchef Christian Noyer hat in einem Artikel in der Financial Times, der am 27. Oktober 2013 veröffentlicht wurde, grundlegende Änderungen an der geplanten Finanztransaktionssteuer gefordert. In ihrer derzeitigen Form stelle die Abgabe ein "enormes

Risiko" für die Länder dar, die sie einführen wollen, sagte Noyer der Financial Times. "Das Projekt der EU-Kommission ist nicht lebensfähig und muss komplett überarbeitet werden".. [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Gemeinsame Erklärung der Visegradgruppe und der Balkanländer



Auf einem gemeinsamen Treffen der Außenminister der Visegradgruppe (Ungarn, Polen, Slowakei, Tschechien) mit den Außenministern der Balkanstaaten am 31. Oktober 2013 sprachen sich die Teilnehmer für die fortschreitende Erweiterung der EU aus. Die Fortschritte Montenegros wurden begrüßt und die Minister versicherten Serbien ihre Unterstützung bei seinen Bemühungen zum Beginn von Beitrittsgesprächen. Die Minister äußerten zudem ihre Absicht, Kosovo bei der Aushandlung eines Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen mit der EU unterstützen zu wollen. Die Teilnehmer bekräftigten zudem ihre Absicht, Erfahrungen in den Punkten Demokratisierung und Integration austauschen zu wollen und den Balkanländern mit der Finanzierung konkreter Projekte durch Mittel des Visegradfonds helfen zu wollen... [Fortsetzung](#)

Italien :

Enrico Letta warnt vor Erfolg populistischer Parteien



In einem Interview mit der italienischen Tageszeitung "La Stampa" vom 1. November 2013 warnt der italienische Regierungschef Enrico Letta vor dem erfolgreichen Abschneiden populistischer Parteien bei den Europawahlen im kommenden Jahr. Nach Ansicht Lettas besteht die Gefahr, dass diese Parteien auf über 25% der Stimmen kommen werden. In Italien stünde nach Ansicht Lettas ein großer Erfolg der "5-Sterne-Bewegung" zu befürchten. Enrico Letta plädiert in dem Interview unter anderem für eine europäische Wachstumsstrategie zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in der EU... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Treffen zwischen Vertretern der Baltischen Staaten und der Eurogruppe



Am 31. Oktober 2013 trafen die Präsidenten Litauens, Lettlands und Estlands in Riga den Vorsitzenden der Eurogruppe und niederländischen Finanzminister Jeroen Dijsselbloem, um gemeinsam über Finanz- und Wirtschaftsstabilität in der Eurozone und die Einführung des Euro in Lettland und Litauen zu sprechen. Das Gespräch fand im Anschluss an das jährlich stattfindende Treffen der baltischen Staatschefs statt, die in diesem Jahr über Energiesicherheit, Wirtschaft und Verteidigungsfragen, wie auch über die Östliche Partnerschaft diskutierten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Litauen :

50. Konferenz der Europaausschüsse COSAC in Vilnius



Vom 27. bis zum 29. Oktober 2013 fand in Vilnius die 50. Konferenz der parlamentarischen Europaausschüsse (COSAC) statt. Die Teilnehmer tauschten sich über die Fortschritte bezüglich der EU-Ratspräsidentschaft aus, wie auch über die Strategie Europa 2020 und die Perspektiven der östlichen Partnerschaft. Inhalt der Gespräche waren darüber hinaus die im Mai 2014 stattfindenden Wahlen des Europäischen Parlaments. Bezüglich der östlichen Partnerschaft betonten die Teilnehmer die wichtige Rolle der Ukraine für den Prozess. Im Hinblick auf die Wahlen gehen die COSAC Mitglieder davon aus, dass eine Wahl des Kommissionspräsidenten ein wichtiger Schritt zum Abbau des Demokratiedefizits der EU sein könnte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Niederlande :

Entsendung niederländischer Soldaten nach Mali



Am 1. November 2013 gab der niederländische Premierminister auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die Niederlande 380 Soldaten und 4 Militärhubschrauber des Typs "Apache" nach Mali schicken werden, um die malische Armee im Kampf gegen die Dihadisten zu unterstützen. Die niederländischen Soldaten werden überwiegend im Rahmen der Mission "Minusma" aktiv sein (Internationale Unterstützungsmission für Mali), darüber hinaus werden sie jedoch auch für die Ausbildung lokaler Polizeikräfte

Großbritannien :

Britische Arbeitgeber plädiert für weitere EU-Mitgliedschaft Großbritanniens



Der britische Arbeitgeberverband CBI plädierte am 4. November 2013 für ein Verbleiben Großbritanniens in der Europäischen Union. Der Verband unterstrich im Hinblick auf das von der britischen Regierung zu dieser Frage geplante Referendum die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft für das Land. Der Vorsitzende des Verbands, John Cridland, sagte, dass der Verband die Vor- und Nachteile über die politische Rhetorik hinaus geprüft habe und dass als Ergebnis einstimmig für sämtliche Unternehmen in Großbritannien festgehalten werden könne: "Der europäische Binnenmarkt ist unersetzlich für unsere Zukunft"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Georgien :

Georgien: Neuer Premierminister vorgeschlagen



Georgiens abtretender Regierungschef Bidsina Iwanischwili hat am 2. November 2013 seinen Innenminister und engen Vertrauten Irakli Garibaschwili offiziell als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Garibaschwili soll am 24. November 2013 sein neues Amt als Premierminister antreten, nach der Zustimmung des Parlaments. "Unser Team hat einstimmig Garibaschwilis Kandidatur unterstützt", sagte Iwanischwili in Tiflis. Mit dem 31-jährigen Politiker Garibaschwili wird Georgien den jüngsten Ministerpräsidenten aller Zeiten bekommen... [Fortsetzung](#)

Norwegen :

Treffen des Nordic council



Die Regierungschef und Abgeordnete der Mitgliedsländer des Nordic Council (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) trafen sich vom 29. bis 31. Oktober 2013 in Oslo zu ihrem 65. Treffen. Inhalt der Gespräche war die weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Wohlfahrtsstaat, Kultur und Innovationen, internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung. Die schwedische Abgeordnete Karin Astrom wurde für 2014 zur Präsidentin des Rates gewählt... [Fortsetzung](#)

Türkei :

Türkei: Tunnel unter dem Bosphorus



Mit einem neuen Eisenbahntunnel, der am 29. Oktober 2013 eröffnet wurde, verbindet die Türkei ab sofort den europäischen mit dem asiatischen Teil des Landes. Der 13,6 Kilometer lange Tunnel verläuft teilweise unter dem Bosphorus, der das Schwarze Meer mit dem Marmarameer verbindet und die Millionenmetropole Istanbul zwischen Europa und Asien aufteilt. Die Einweihungszeremonie fiel mit dem 90. Jahrestag der Gründung der türkischen Republik am 29. Oktober zusammen. Zur Feier waren neben Regierungschef Recep Tayyip Erdogan auch der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe anwesend, da das "Marmaray"-Projekt von einem japanisch-türkischen Konsortium verwirklicht wurde. Erst 2016 werden sämtliche Bauarbeiten abgeschlossen sein. Der Bau hat insgesamt 3 Milliarden Euro gekostet und wurde auch mit Geldern der Europäischen Investitionsbank gefördert... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Zugang zum Arbeitsmarkt für Einwanderer



Im Rahmen seiner Sitzung vom 29. bis zum 31. Oktober 2013 verabschiedete der Regionalausschuss des Europarates am 30. Oktober 2013 zwei Texte, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für Einwanderer erleichtern sollen. In Europa leben derzeit 33 Millionen Einwanderer, für die der Zugang zum Arbeitsmarkt oft schwierig ist... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gebietskörperschaften, Akteure in der Krise

Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates hielt vom 29. bis 31. Oktober 2013 in Straßburg seine 25. Sitzung ab. Auf der



Sitzung wurde ein Text verabschiedet, der die Gemeinden und Regionen als lokale Hauptakteure dazu auffordert, mit geeigneten Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen. Die Regierungen werden zudem aufgefordert, mehr Kompetenzen an die lokalen Entscheidungsträger abzugeben... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Wachsende Mobilisierung im Umweltschutz



Entsprechend den Ergebnissen einer Umfrage von Eurobarometer, die am 4. November 2013 veröffentlicht wurden, sind 9 von 10 Europäern der Ansicht, dass der Schutz von Flora und Fauna und das Artensterben ein Problem darstellt. 38% der Befragten gaben an, dass sie bereits persönlich aktiv sind, um die Biodiversität zu schützen (2007 waren es 34%). 78% der Befragten gaben an, dass sie umweltfreundliche Produkte kaufen würden, etwa Bioprodukte oder lokale Produkte, um hierdurch die Biodiversität zu schützen... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Arbeitslosenquote in der Eurozone bei 12,2% und in der EU bei 11%



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 31. Oktober 2013 bekannt gab, lag die Arbeitslosenquote im September 2013 in der Eurozone bei 12,2% und in der EU bei 11%. Demnach waren im September 2013 in der EU insgesamt 26,872 Millionen Menschen arbeitslos, in der Eurozone gab es 19,44 Millionen Arbeitslose. Die höchsten Arbeitslosenquoten weisen Spanien und Griechenland auf (26,6% und 27,6%). Die niedrigste Arbeitslosigkeit gab es in Österreich (4,9%), Deutschland (5,2%) und Luxemburg (5,9%)... [Fortsetzung](#)

Inflationsrate der Eurozone sinkt auf 0,7%



Am 31. Oktober 2013 gab Eurostat bekannt, dass die Inflationsrate der Eurozone im Oktober 2013 auf 0,7% und damit auf den niedrigsten Wert seit Februar 2010 gesunken ist; im September 2013 lag die Inflationsrate bei 1,1%. Im Oktober 2013 waren Nahrungsmittel, alkoholische Getränke und Tabak am stärksten von Preisschwankungen betroffen (1,9% Inflation gegenüber 2,6% im September), gefolgt von Dienstleistungen (1,2% gegenüber 1,4% im September), Industrieprodukten mit Ausnahme von Energie (0,4%, unverändert im Vergleich zu September) und Energie (-1,7% gegenüber -0,9% im September)... [Fortsetzung](#)

Höhere Investitionen



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 29. Oktober 2013 veröffentlichte, stiegen die Unternehmensinvestitionen in der Eurozone im 2. Quartal 2013 im Vergleich zum 1. Quartal 2013 (die Investitionsquote stieg von 18,8% auf 19,2%). Dieser Anstieg war darauf zurückzuführen, dass die Investitionen (+3,2%) stärker stiegen als die Wertschöpfung (+0,9%), während Lagerbestände (Vorleistungsgüter, Lieferungen und Fertigerzeugnisse) zurückgingen... [Fortsetzung](#)

Rückgang der Sparquote in der Eurozone und in der Union



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 29. Oktober 2013 veröffentlichte, sank die Sparquote der privaten Haushalte im 2. Quartal 2013 in der Eurozone und in der EU. In der Eurozone betrug die Sparquote im 1. Quartal 2013 13,1%, im 2. Quartal 2013 12,8%. In der EU betrug die Quote im 1. Quartal 11,1% und im 2. Quartal 10,7%... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Weniger Geld für Aus- und Fortbildung wegen Wirtschaftskrise

Am 30. Oktober 2013 veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht zur Aus- und Fortbildung, aus dem hervorgeht, dass dieser Bereich stark unter den Sparzwängen durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu leiden hat. 16 Mitgliedsländer haben ihre Ausgaben



im Bereich Bildung zwischen 2008 und 2011 gekürzt (Irland, Großbritannien, Spanien, Portugal, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Italien, Zypern, Ungarn). 6 Mitgliedsländer haben auch im Jahr 2012 starke Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen (Großbritannien, Portugal, Lettland, Griechenland, Zypern, Italien). Weniger Absolventen haben eine Anstellung als Lehrer in weiterführenden Schulen bekommen: Die Quote sank von 82% im Jahr 2008 auf 76%. Jeder 5. Absolvent muss eine Tätigkeit ausüben, die unter seiner Qualifikation liegt... [Fortsetzung](#)

"Wenn Mädchen Mütter werden. Herausforderung Teenagerschwangerschaft"



Am 30. Oktober 2013 veröffentlichten die Vereinten Nationen ihren Jahresbericht zur Weltbevölkerung der in diesem Jahr unter dem Titel "Wenn Mädchen Mütter werden. Herausforderung Teenagerschwangerschaft" erscheint. Täglich werden in Entwicklungsländern 20 000 Babys von Müttern geboren, die unter 18 Jahre alt sind. Obwohl Teenagerschwangerschaften auch in Industrieländern vorkommen, ist das Problem vor allem in Entwicklungsländern stark verbreitet. In dem Bericht wird dazu aufgerufen, nicht die jungen Müttern allein für die Schwangerschaft verantwortlich zu machen, sondern ihnen zu helfen, da sie starkem sozialen Druck ausgesetzt sind. Letztendlich liegt die Lösung laut Bericht in der Beseitigung der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und in einem Ende der Diskriminierung. Laut Bericht sollte zudem das Humankapital der Mädchen besser gefördert werden... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Amsterdam: Russische Avantgarde und Werke von Kazimir Malevich




Bis zum 2. Februar 2014 zeigt das Stedelijk Museum in Amsterdam eine Ausstellung, die der russischen Avantgarde zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewidmet ist. Das Museum zeigt Werke des russischen Malers Kazimir Malevich, Avantgarde-Pionier, von dem das Museum die größte Sammlung außerhalb Russlands besitzt. Die Ausstellung zeigt darüber hinaus den Einfluss weiterer künstlerischer Strömungen auf die russische Avantgarde, darunter Impressionismus, Kubismus, Symbolismus und Fauvismus. Unter anderem sind auch Gemälde von Marc Chagall und Wassily Kandinsky ausgestellt... [Fortsetzung](#)

Turner in Brighton



Die Prince Regent Gallery im 1. Stock des Royal Pavilion in Brighton zeigt bis zum 2. März 2014 eine Ausstellung mit Werken des britischen Malers Joseph M.W. Turner. Anlass und Namensgeber der Ausstellung ist Turners Gemälde von Brightelmston (damaliger Name von Brighton) von 1824, welches der Royal Pavilion & Museum kürzlich erworben hat. Die Ausstellung zeigt Werke von Turner sowie anderen Künstlern seiner Zeit, die sich mit der damals wachsenden Popularität von Brighton/ Brightelmston zu Zeiten George IV befassen... [Fortsetzung](#)

Der Surrealismus und das Objekt

 **Centre Pompidou** Bis zum 3. März 2014 zeigt das Centre Pompidou in Paris die Ausstellung "Le surréalisme et l'objet" ("Der Surrealismus und das Objekt"). Die Ausstellung umfasst über 100 Skulpturen und über 40 Photographien, die die Entwicklung des Surrealismus von seiner Entstehung in den 1920er Jahren bis zu seiner Anerkennung als künstlerische Bewegung in New York während des 2. Weltkriegs aufzeigt. In den 1930er Jahren feierte der Surrealismus seine größten Erfolge, insbesondere aufgrund der besonderen Darstellung der Objekte... [Fortsetzung](#)

Der Schatz von San Gennaro in Rom

Bis zum 16. Februar 2014 zeigt die Stiftung "Roma Museo" eine Ausstellung, die dem Kirchenschatz von San Gennaro gewidmet ist, dem Schutzpatron Neapels. Der Schatz setzt sich aus Schenkungen zusammen, die über 700 Jahre angehäuft wurden. Er ist erstmals außerhalb Neapels zu sehen. Die Besucher der Ausstellung erhalten



Informationen über Entstehung und Entwicklung der Heiligenverehrung in Neapel... [Fortsetzung](#)

Experimenta Design



Vom 7. November bis zum 22. Dezember 2013 findet bereits zum 9. Mal die Ausstellung "Experimenta Design" in Lissabon statt mit Konferenzen und Diskussionsrunden als Rahmenprogramm. Thema der Ausstellung sind Design, moderne Architektur und zeitgenössische Kunst... [Fortsetzung](#)

54. Internationales Filmfestival in Thessaloniki



Bis zum 10. November 2013 findet bereits zum 54. Mal das Internationale Filmfestival in Thessaloniki in Griechenland statt. Das Filmfestival existiert seit 1960 und ist seitdem in jedem Herbst Anziehungspunkt für Filmfreunde und Filmschaffende mit einem besonderen Interesse für das Independentkino. Filme aus der gesamten Welt treten im Wettbewerb gegeneinander an... [Fortsetzung](#)

Agenda :



7. November
Frankfurt
EZB-Ratstreffen



8. November
Brüssel
EU-Südkorea-Gipfel



11. November
Brüssel
Ratstreffen Wirtschaft und Finanzen (Haushalt)

Brüssel
Eurogruppe

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Antonello Cadinu, Victoria de Posson, Anouk Richard

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und

publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)